



GdW: Klimaschutz im Wohngebäudebereich braucht Kurswechsel

18.12.2018 Fachinformation

Anlässlich der Weltklimakonferenz im polnischen Katowice forderte der GdW am 13. Dezember 2018, dass bei der Klimapolitik im Gebäudebereich ein Umdenken stattfinden muss. Mit einem „Weiter so“ lassen sich die Klimaschutzziele nicht erreichen. Mit der bisherigen Klimastrategie der Bundesregierung lässt sich der Ausstoß von Treibhausgasemissionen nicht mehr maßgeblich verringern und erhöht die Kosten für Vermieter und Mieter. In Konsequenz verringert die bisherige Klimapolitik im Gebäudebereich die Akzeptanz der Energiewende, da sie sozial ungerecht ist.

Bei der jetzigen Klimastrategie fehlt eine klare soziale Komponente. Eine weitere deutliche Minderung der Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich würde lediglich die Kosten für Vermieter und Mieter steigen lassen, ohne dass für die Verbraucher ein konkreter Nutzen durch energetische Maßnahmen am Gebäude sichtbar wird.

Die Wohnungswirtschaft hat seit 1990 ihren CO₂-Ausstoß um circa 60 % reduziert. Eine weitere Senkung, nach dem auf das Jahr 2005 bezogenen Ziele, ist für die Wohnungswirtschaft kaum zu erreichen.

In Deutschland werden im Jahr 35 Milliarden Euro in energetische Maßnahmen an Wohngebäude investiert, trotzdem gibt es keinen signifikanten Rückgang des Endenergieverbrauches an Raumwärme oder der CO₂-Emissionen. Der Grund dafür ist, dass teure energetische Maßnahmen mit der geringsten Effizienz bei der Minderung des CO₂-Ausstoßes am stärksten gefördert werden. Nach dem Motto „viel hilft viel“ wird der ganze Focus auf die Gebäudehülle gelenkt, anstatt den Blick auch auf die Wärmeerzeugung, den Strom und die Mobilität ganzer Quartiere zu richten. Dezentrale Stromerzeugung mit „grünen“ Technologien ist nach wie vor nur mit großen Schwierigkeiten für die Wohnungswirtschaft möglich, da zahlreiche rechtliche und steuerliche Hürden weiterhin bestehen bleiben. In Summe verteuert sich der Klimaschutz im Gebäudebereich, lässt die Investitionen und die Mieten steigen, um die Klimaziele zu erreichen.

Es bleibt unklar, wer die hohen Kosten von Energieeffizienzmaßnahmen trägt und offen, wie eine sozialverträgliche Energiewende 4.0 gestaltet werden kann. Daher fordert der GdW eine neue Strategie mit klaren sozialen Komponenten, in dem folgende Maßnahmen umgesetzt werden sollen:

1. Sofortige Evaluation der Strategie und Praxis bei Energieeinsparung und Klimaschutz der letzten zehn Jahre – Welche Energieeinsparungen wurden mit welchen Investitionen in den Wohnungsbestand und -neubau erreicht?
2. Mehr Klimaschutztransparenz und mehr Klimaeffizienz – Die Kosten pro eingesparter Tonne CO₂ müssen transparent gemacht, Maßnahmen mit niedrigen Vermeidungskosten bevorzugt und für eine hohe CO₂-Minderung eine Investitionsförderung eingeführt werden.
3. Die umfassende Einbeziehung der urbanen Zentren durch drastische Vereinfachung der dezentralen Stromerzeugung – Das gesamte Potenzial an Photovoltaik in den urbanen Räumen muss genutzt, Quartierslösungen bevorzugt, größere Mieterstromanlagen zugelassen, steuerliche Probleme gelöst und Regeln drastisch vereinfacht werden.
4. Eine in sich konsistente Energie-, Klima-, Bau-, Mieten- und Sozialpolitik – Die politische Arbeit darf nicht mehr in Paralleluniversen stattfinden: Einerseits soll sich

kostenmäßig für den Mieter kaum etwas verändern. Andererseits wird z.B. durch die Klima- und Effizienzpolitik immer stärker auf mehr Investitionen gedrängt. Mit den Instrumenten des Mietrechts, das nur die reine Verteilung von Kosten regelt, kann man dieses Problem nicht lösen.

5. Staatliche Übernahme der Kosten, die ganz am Ende weder von Mietern noch Vermietern wirtschaftlich oder sozialpolitisch getragen werden können – denn sowohl der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Wohnungsunternehmen, als auch der finanziellen und sozialen Leistungsfähigkeit vieler Haushalte sind klare Grenzen gesetzt.

Erst nach einer Umsetzung der fünf Punkte könnte ein Preis für den CO₂-Ausstoß überhaupt eine Option sein. Das Instrument beseitigt aber nicht das eigentliche Problem, die zu hohen Investitionskosten für umfassende energiesparende Maßnahmen, die für Vermieter und Mieter wirtschaftlich und sozial nicht leistbar sind.

Gerade deshalb greift der BBU in seiner im Juni 2018 veröffentlichten Studie „Energiewende – Irrtümer aufbrechen, Wege aufzeigen“ das Thema „Wirtschaftliche und sozialverträgliche energetische Modernisierung“ auf und erweitert die mit dem Projekt „ALFA®-Allianz für Anlageneffizienz“ begonnene Klimastrategie. Im Auftrag des BBU wurde die rund 100seitige Studie vom Büro eZeit-Ingenieure erstellt und geht der Frage nach: Welches sind die Hebel, mit denen ein klimaneutraler Gebäudebestand wirtschaftlich und sozial verträglich umgesetzt werden kann? Sie kommt zu dem Ergebnis, dass durch Technologieoffenheit die dezentrale Energieerzeugung im Quartier mit dem Potenzial vorhandener erneuerbarer Energie und einem wissenschaftlichen Monitoring nach der energetischen Modernisierung die Effizienz, gemessen in Senkung des CO₂-Ausstoßes, erheblich gesteigert werden kann mit sozialverträglichen und wirtschaftlichen Investitionskosten.

Die Energiewendestudie steht kostenlos hier zum Download zur Verfügung.

Für Rückfragen steht den BBU-Mitgliedsunternehmen im Fachbereich Technik Herr Lars Grothe (030/89781150 oder lars.grothe@bbu.de) zur Verfügung.